

# GewerkschafterInnen braucht der Kanton

**Für die Kantonsratswahlen vom 3. April empfiehlt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich 54 aktive Gewerkschaftsmitglieder zur Wahl. Stellvertretend für sie diskutieren die KantonsrätInnen Julia Gerber Rüegg (SP), Heidi Bucher-Steinegger (Grüne), Thomas Hardegger (SP) und Markus Bischoff (AL) mit P.S.-Redaktorin Nicole Soland gewerkschaftspolitische Fragen und Herausforderungen.**

**P.S.: Beginnen wir mit dem Grundsätzlichen: Wie sind Sie bei Ihren jeweiligen Gewerkschaften gelandet – und warum sind Sie GewerkschafterInnen geblieben?**

**Julia Gerber Rüegg:** Ich bin seit dreissig Jahren VPOD-Mitglied. Als Leiterin der Abteilung Vertragsvollzug bei der Unia Region Zürich-Schaffhausen bin ich natürlich auch Unia-Mitglied. Seit Mai 2008 bin ich zudem Präsidentin des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich. Dem VPOD beigetreten bin ich gleich am ersten Arbeitstag als Lehrerin. Meine erste Überlegung als Arbeitnehmerin war, dass ich einen Verband brauche, an den ich mich bei Problemen wenden kann. Als Politikerin habe ich immer mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet. In den Vorstand des Gewerkschaftsbundes wurde ich zu einer Zeit eingeladen, als die gewerkschaftliche Vertretung im Kantonsrat immer stärker schrumpfte. Dieser Trend hat sich heute wieder geändert.

**Thomas Hardegger:** Auch ich bin dem VPOD beigetreten, als ich Lehrer wurde. Ich war gleichzeitig auch beim Lehrerverein, aber der hat damals Ferien organisiert und sich um eine Kollektiv-Krankenversicherung gekümmert, und das war mir zu wenig. Die politische Komponente, die mir dort fehlte, brachte der VPOD Lehrberufe ein. Heute werde ich als Gemeindepräsident von Rümlang und als Kantonsrat für mehr als die Hälfte meiner Arbeitszeit mit öffentlichen Geldern bezahlt, weshalb der VPOD nach wie vor die richtige Gewerkschaft für mich ist.

**Heidi Bucher-Steinegger:** Ich bin Staatsangestellte und im VPOD-Vorstand sowie Präsidentin der Initiative für faire Ferien. Als ehemalige Pflegefachfrau mit Schwerpunkt Psychiatrie trat ich erst dem Berufsverband bei, weil ich fand, der fachinhaltliche Beitrag sei besonders wichtig. Ich gab dort den Austritt, als der Verband zum

x-ten Mal den Beitritt der Pflegerinnen FA SRK – so hiess damals der Abschluss einer zweijährigen Pflegeausbildung – ablehnte.

Das elitäre Getue des Berufsverbands SBK hat mich genervt. Der VPOD hingegen setzte sich auch für diese Frauen mit ihrem Abschluss ein, und so trat ich in die Gewerkschaft ein. Später, als Leiterin des Bereichs Bildung beim SRK Kanton Zürich, bin ich mit meiner gewerkschaftlichen Grundüberzeugung immer mal wieder angeeckt. Heute als Leiterin der kantonalen Zentralbehörde Adoption und als Fachstellenleiterin beim Kanton bin ich froh um die Unterstützung und die Anregungen meiner Gewerkschaft.

**Markus Bischoff:** Ich bin seit fast 30 Jahren VPOD-Mitglied, aus Sympathie und aus Nostalgie, wenn man so will, denn ich bin seit fast 25 Jahren selbstständig erwerbend und so gesehen nicht drauf angewiesen. Seit acht Jahren bin ich Präsident der Sektion Stadt und Institutionen; allerdings nur noch bis im Frühling, dann höre ich auf.

**Im Frühling möchten Sie alle wieder in den Kantonsrat gewählt werden. Was haben die WählerInnen davon, wenn sie Ihre Namen auf den Wahlzettel schreiben?**

**Julia Gerber:** Die Botschaft des Gewerkschaftsbundes an die WählerInnen lautet, «gebt der Arbeit eine Stimme!». Wir wollen jenen Menschen eine Stimme geben, die von ihrem Lohn leben und nicht von ihrem Kapital oder problematischen Bankgeschäften. Wir können diese Menschen und ihre Interessen vertreten, weil wir 54 PolitikerInnen der



**Julia Gerber Rüegg, Markus Bischoff, Heidi Bucher-Steinegger und Thomas Hardegger (von links) sorgen im Kantonsrat dafür, dass die gewerkschaftliche Sicht der Dinge nicht zu kurz kommt.**

Linken und der Mitte, von SP, Grünen, AL und EVP selber auch von unserem Lohn leben: Wir kennen die tägliche Realität von arbeitenden Menschen, aber auch von Arbeitslosen oder solchen, die um ihre Stelle fürchten müssen – und wir können deshalb ihre Interessen im Rahmen unserer gewerkschaftlichen Politik glaubwürdig vertreten.

**Ideell ist somit alles klar, doch warum sollten wir angesichts von wieder munter Boni verteilenden Bankenbossen und einer von noch mehr Steuerentlastung der Reichsten träumenden Finanzdirektorin ausgerechnet auf GewerkschafterInnen setzen?**

**Markus Bischoff:** Der Bankensektor ist tatsächlich einer, in dem die Gewerkschaften schwach und schlecht organisiert sind, ein Sektor auch, in dem sie wenig Leute haben. Es ist naturgemäss auch schwierig, diese Leute abzuholen, und dass der Präsident des Bankpersonalverbandes, Bartholdi, ein SVPler ist, machts nicht einfacher...

**Julia Gerber:** ...der ist nicht mehr Präsident...

**Markus Bischoff:** ...aber er sass als solcher im Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes – das ist auch eine Realität...



**Julia Gerber:** Trotzdem würde ich nicht die angebliche Schwäche der Gewerkschaften auf dem Bankenplatz in den Vordergrund stellen, sondern unser Ziel, auch die Bankangestellten zu vertreten. Heute, nach all diesen Krisen und Skandalen, denken alle beim Stichwort «Banken» sofort an die Abzocker und Boni-Ritter; aber in Banken arbeiten ja zum grössten Teil normale Angestellte, die einfach ihre Arbeit machen und die auf ihren Lohn angewiesen sind – und um sie müssen wir uns noch mehr kümmern. Der Bankpersonalverband ist übrigens nicht vollwertiges Mitglied, sondern nur assoziiertes Mitglied des SGB.

**Markus Bischoff:** Umgekehrt dürfen wir nicht vergessen, dass die Banken auch ein wichtiger Arbeitgeber in der Stadt Zürich sind; würde Oswald Grübel seine Drohungen wahr machen, die UBS ins Ausland auszulagern, dann wäre das nicht so lustig für Stadt und Kanton Zürich.

**Heidi Bucher:** Ich hätte eigentlich erwartet, dass wir wegen der Finanzkrise unter den Bankangestellten mehr Mitglieder gewinnen würden. Aber diese haben häufig so hohe Abfindungen, dass sie nicht so rasch in Not geraten und deshalb auch wenig Bedarf nach gewerkschaftlicher Unterstützung haben. Zudem hat sich die Lage nach der Krise ja sehr schnell entspannt, und schon waren diese Leute wieder gesuchte SpezialistInnen.

**Sie sind also der Meinung, wer nicht konkret Unterstützung brauche, habe keinen Grund, einer Gewerkschaft beizutreten?**

**Heidi Bucher:** Ich stelle nur fest, dass es unter den Bankangestellten sehr wenige gibt, die aus idealistischen Gründen, wie sie vorhin etwa Markus Bischoff angeführt hat, beitreten würden. Sie leben einfach in einer derart anderen Welt, sie müssen sich stets ökonomisch orientieren – da bleibt wenig Platz für Idealismus.

**Thomas Hardegger:** Es mag uns nicht gefallen – aber die ganze Bankenwelt läuft ohne unsere Gewerkschaftsarbeit, und das wie geschmiert. Konzentrieren wir uns darum auf eine diversifizierte Wirtschaft; wir brauchen nebst den Banken noch andere Betriebe, und nicht zuletzt auch Betriebe, die junge Menschen ausbilden und so ihren Beitrag daran leisten, das Klumpenrisiko Bankenplatz zu minimieren. Und wir müssen dafür schauen, dass alles, was Service public ist, auch Service public bleibt und nichts privatisiert wird. Beim Flughafen ist uns das nicht ge-

lungen; wir verspüren jetzt noch die katastrophalen Auswirkungen der Privatisierung. Nach dem Swissair-Grounding wurde alles in die arabische Welt verkauft, an spanische und englische Gesellschaften, und sehr viele Ausbildungsplätze sind verloren gegangen. Wir müssen Auslagerungen bekämpfen; das fängt beispielsweise dort an, wo der Kanton und etliche Gemeinden fürs Putzen Firmen engagieren, die billig offerieren – unter anderem, weil sie ihrem Personal keine gerechten Löhne zahlen. Was dazu führt, dass es für die Gemeinden schliesslich teurer wird, weil sie den Leuten zusätzlich mit Sozialhilfe unter die Arme greifen müssen.

**Heidi Bucher:** Wir müssen übrigens auch unserer Staatsbank Sorge tragen: Es gibt starke Kräfte – sie reichen bis in die Finanzmarktaufsicht Finma hinein – welche die Zürcher Kantonalbank privatisieren möchten. Diese Leute üben fundamentale Kritik daran, dass die ZKB eine «Staatsbank» sei.

**Diese Stimmen sollten mit der Krise doch verstimmt sein.**

**Heidi Bucher:** Es verging nach Ausbruch der Krise genau ein Jahr, bis sie wieder damit anfangen. Das öffentliche Gedächtnis ist unterdessen derart kurz...

**Markus Bischoff:** ...die Auslagerung wird kommen, aber so rasch geht das nicht; die ZKB hat einen grossen Rückhalt auch bei bürgerlichen PolitikerInnen...

**Thomas Hardegger:** ...und nicht zuletzt bei den Gemeinden; unter diesen wird schliesslich ein Teil der Gewinne aufgeteilt.

**Und das Fazit aus gewerkschaftlicher Sicht lautet?**

**Markus Bischoff:** Sicher müssen wir wachsam sein; aber nur vor einem «Klumpenrisiko» zu warnen, bringt es nicht. Die Dienstleistungsbranche ist nun mal im Aufwind, und davor können wir nicht die Augen verschliessen.

**Julia Gerber:** Es ist schwierig für die Zürcher Gewerkschaften, direkt in den Banken Mitglieder zu gewinnen. Aber starke Gewerkschaften haben ja auch politisch Gewicht. Das hilft bei Vorhaben, die sich nicht auf den Kanton beschränken, wie etwa eine stärkere Regulierung des Bankenplatzes und eine begrenzte Bandbreite bei den Löhnen. Wir sollten uns keine Angst einjagen lassen: Herr Grübel kann zwar schon auswandern, aber die ganze UBS kann nicht einfach anderswohin – jedenfalls nicht, wenn sie weiterhin von



gleich guten Bedingungen wie in der Schweiz, samt faktischer Staatsgarantie, profitieren möchte. Starke Gewerkschaften bedeuten politische Macht, um das Klumpenrisiko in den Griff zu bekommen. So können wir wenigstens die schlimmsten Auswüchse in den Griff bekommen, die zur Finanzkrise geführt haben.

**Markus Bischoff:** Gut, aber das sagen wir doch seit Jahren. Was haben wir konkret zu bieten? Oder soll es bei Absichtserklärungen bleiben?

**Heidi Bucher:** Die Banken sind nun mal auch eine Ressource. Sie haben sich sehr schnell erholt. Mir passt der Ausdruck «Klumpenrisiko» nicht. Für mich sind Banken Dienstleister und Steuerzahler und als solche herzlich willkommen.

**Julia Gerber:** Ich habe nichts gegen die Banken als Dienstleister, aber sie sollten nicht in einer Art wirtschaften, die gegen das Land gerichtet ist und der Realwirtschaft schadet.

**Markus Bischoff:** Aber das ist eine politische Frage, keine gewerkschaftliche. Arbeitsplätze, Löhne, Ausbildungen, das sind doch unsere grossen Forderungen!

**Julia Gerber:** Natürlich, aber auch der Bankenplatz funktioniert nur gut im Rahmen einer gut funktionierenden Gesellschaft. Eine entsolidarisierte Gesellschaft mit Lohnspannen von eins zu hundert und mehr ist langfristig kein guter Boden für vertrauenswürdige Finanzdienstleistungen. Gute gesellschaftspolitische Voraussetzungen sind auch für Banken ein Standortvorteil.

## **Gesellschaftspolitisch am Drücker**

**Was tragen die Gewerkschaften dazu bei, gute gesellschaftspolitische Voraussetzungen zu schaffen beziehungsweise erhalten?**

**Thomas Hardegger:** Gute Voraussetzungen schaffen zu können ist auch eine Frage des Einflusses der Gewerkschaften; es geht ja nicht nur um die Arbeits- und Anstellungsbedingungen generell, sondern auch darum, ob bei Arbeitsvergaben Faktoren wie Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region oder kurze Transportwege gewichtet werden. Wir müssen darauf achten, keine Aufträge an Firmen zu vergeben, die gegen das Arbeitsrecht verstossen. Auch der Werkplatz muss noch Platz haben. Zu guten Anstellungsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen gehört auch, dass wir uns dagegen wehren, dass gemeinde-eigene Betriebe ausgelagert werden.

**Julia Gerber:** Es ist klar, dass es die politische Handlungsmacht der Gewerkschaften braucht. Nur so können wir den Service public stärken und verhindern, dass Dienstleistungen nur noch denen zugute kommen, die sich die ständig steigenden Kosten leisten können. Schon ausgelagerte Bereiche müssen im öffentlichen Interesse wieder in den Service public zurückgeführt werden. Darum ist es wichtig, dass auch in den nächsten vier Jahren möglichst viele GewerkschafterInnen im Kantonsrat sind: für die Verkäuferinnen und gegen längere Ladenöffnungszeiten, für den Service public, gegen eine reine Wettbewerbs- und Sparpolitik, gegen den Steuer-

wettbewerb, der nur dazu dient, den Staat immer mehr auf einen Nachtwächterstaat runterzufahren. Die GewerkschafterInnen aller Parteien setzen sich am konsequentesten für diese Anliegen ein. Es führt kein Weg an der politischen Macht vorbei, und es ist wichtig für den Werkplatz Zürich, dass wir die Sozialpartnerschaft pflegen, dass es nicht nur auf dem Bau Massnahmen gegen Lohndumping gibt, sondern auch in den Pflegeberufen, im ganzen, stets wachsenden Care-Bereich sowie in der Gastronomie, und dass wir uns für Mindestlöhne und Lohngleichheit von Frau und Mann stark machen, nicht zuletzt auch politisch, indem wir uns für die Mindestlohninitiative einsetzen.

**Thomas Hardegger:** In einem muss ich dir widersprechen: Die Gewerkschaften dürfen sich den gesellschaftlichen Veränderungen nicht verschliessen. Nehmen wir das Beispiel Ladenöffnungszeiten, das unseren Umgang mit Nachtarbeit und Sonntagsarbeit spiegelt: Hier geht es doch darum, dass die Vertragspartnerschaft stimmt, dass Gesamtarbeitsverträge für die Branche obligatorisch werden. Das ist viel wichtiger, als sich zu entrüsten, die Leute wollten bald rund um die Uhr einkaufen.

**Markus Bischoff:** Theoretisch hast du schon recht, aber praktisch sind die Gewerkschaften da einfach schwach, und es ist in dieser Branche sehr schwierig, die Leute zu organisieren. Von dem her ist es halt so, dass nur das Ladenöffnungszeitengesetz einen genügenden Schutz für die Arbeitnehmenden bietet und dafür sorgt, dass die Leute nicht 24 Stunden angestellt werden. Die Liberalisierung führt zu einem extremen Druck auf die Arbeitsverhältnisse, und will man diesen Druck mildern, dann landet man nun mal in der konservativen Ecke...

**Heisst das, dass der politische Einfluss der Gewerkschaften in den letzten Jahren abgenommen hat? Oder ist er im Gegenteil gestiegen?**

**Thomas Hardegger:** Gesamtschweizerisch ist er eher gestiegen, aber gewisse Entwicklungen kann man trotzdem nicht aufhalten. Dass die S-Bahnen auch nachts fahren, entspricht einem Bedürfnis; wir würden garantiert jede Abstimmung verlieren, wenn wir die Nachtzüge abschaffen wollten, nur weil dann halt Lokführerinnen und Zugsbegleiter nachts arbeiten müssen.

**Heidi Bucher:** Oder nehmen wir das Gesundheitswesen als Beispiel: Ausser den OberärztInnen untersteht niemand vom ganzen medizinischen Personal im Kanton Zürich einem GAV. Hier haben wir einen wichtigen Hebel, denn wir können als Gegengewicht zu den immer wieder aufflackernden Auslagerungsgelüsten der Bürgerlichen aufzeigen, dass diese an den meisten Orten teurer kämen als der heutige Service public, da ja die Gemeinden und der Kanton wegen der Auslagerung ein Controlling aufbauen müssten und dazu auf teure Fachleute angewiesen wären, um die Leistungsvereinbarungen auszuarbeiten, die dann nötig würden. Das wäre ein Ort, an dem wir kurzfristig aktiv werden könnten, natürlich mit dem langfristigen Ziel eines

GAVs fürs ganze medizinische Personal vor Augen.

### **Präsent an der Basis, stark im Rat**

**Die Nachtzüge können Sie ebenso wenig abschaffen, wie Sie verhindern können, dass einige Menschen am Sonntag im Shopville einkaufen wollen: Warum bringen Sie solche Themen eigentlich noch in den Kantonsrat, statt dass Sie sich nur auf GAV-Verhandlungen konzentrieren?**

**Julia Gerber:** Die öffentlichen Angestellten sind einfach mehr im Blickfeld der Politik. Das heisst aber nicht, dass wir unser anderes Standbein, die Sozialpartnerschaft, deswegen vernachlässigen. Was wir dort anpacken, läuft weniger über das Parlament, aber wir müssen auch dort stark sein. Es ist richtig, dass wir uns nicht gegen die 24-Stunden-Gesellschaft stellen können, aber wir dürfen dabei die Interessen der Angestellten und ihre Arbeitsbedingungen nicht vergessen. Wenn wir im Kantonsrat für einen GAV für den ZVV gerade mal 59 Stimmen kriegen, dann kann uns das nicht egal sein...

**Heidi Bucher:** ...genau, den Schutzmantel fürs Personal müssten wir schneiden können...

**Julia Gerber:** ...und dafür brauchen wir mehr Leute in der Politik, die gewerkschaftlich abstimmen und sich für die Arbeitnehmenden einsetzen.

**Markus Bischoff:** Nein, da muss ich widersprechen. Du kannst doch nicht einfach sagen, wir brauchen mehr Leute! Klar brauchen wir mehr Leute, die unsere Positionen vertreten, aber das ist eine Null-Aussage! Wir brauchen nicht einfach mehr Leute, sondern eine bessere Vernetzung – und wir müssen da sein, wo die Gewerkschaften wohl am meisten erreichen konnten, nämlich bei den Bilateralen, wenn es darum geht, die flankierenden Massnahmen umzusetzen. Aber moralische Appelle, dass uns mehr Leute wählen sollen, die verpuffen doch bloss.

**Julia Gerber:** Es gehört zu unserer täglichen Arbeit, mit der Basis zusammensitzten und Druck aufzubauen in Richtung eines GAV. Dass wir uns auch im Kantonsrat einsetzen wollen, hat überhaupt nichts mit einem moralischen Appell zu tun! Es geht um die konkrete Vertretung der Interessen dieser Menschen auf beiden Ebenen, und das leisten wir auch. Und zwar täglich.

**Markus Bischoff:** Stimmt – aber das machen wir seit 50 Jahren! Vielleicht müssten wir uns nicht nur besser vernetzen, sondern auch mal



politische Projekte anreissen, die wir auch gewinnen können. Und das wiederum können wir nur, wenn wir auch Verbündete finden; es reicht einfach nicht, immer nur zu sagen, wir müssen stärker werden – und bleiben wir immer etwa gleich oder werden gar schwächer...

**Julia Gerber:** Selbstverständlich müssen wir Verbündete finden, zum Beispiel in der Sozialpartnerschaft, nicht zuletzt, indem wir auch mit Organisationen des Gewerbes zusammenarbeiten...

**Markus Bischoff:** ...und die Gewerkschaften müssen sich auf gewissen Gebieten stärken – zum Beispiel im Gesundheitswesen. Das ist ein extremer Wachstumsmarkt, und der Staat hat relativ grossen Einfluss, und die Gewerkschaft ist dort sicher nicht schwach. Hier können wir etwas anreissen und auch gewinnen.

**Julia Gerber:** Da bin ich mit dir einverstanden.  
**Heidi Bucher:** Leuchtendes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Diskussion ums Fallpauschalen-System DRG, die im Kanton Zürich von den Gewerkschaften lanciert worden ist.

**Markus Bischoff:** Leuchtendes Beispiel? Wir sind drei Jahre zu spät dran; ich finde es natürlich gut, dass wir es jetzt noch aufnehmen, aber schweizweit ist der Mist geführt...

**Heidi Bucher:** Man hat es schweizweit verschlafen, das stimmt... aber im Kanton Zürich haben wir immerhin darauf hingewiesen, dass das System Konsequenzen hat, und zwar nicht nur für die PatientInnen, sondern auch fürs Personal.

**Thomas Hardegger:** Dass wir das Thema verschlafen hätten, stimmt einfach nicht – wir sind zu wenig gehört worden! Wir haben schon vor drei, vier Jahren darauf hingewiesen, dass mit DRG Sparmassnahmen und 'blutige Entlassungen' drohten... aber es dauerte, bis das politisch aufgenommen wurde.

**Heidi Bucher:** Politisch aufgenommen wurde es im Kanton Zürich vor einem Jahr.

**Markus Bischoff:** Und nun sieht man, dass man unter den Ärzten durchaus etliche Verbündete hätte ins Boot holen können, wenn man es strategisch geschickt eingefädelt hätte; aber das hat man zu wenig gemacht.

**Heidi Bucher:** Der 'Feind' sind die Krankenkassen und die Pharma – und es existiert nun mal ein klares Machtgefälle. Wir wissen nicht, wie wir uns dem entgegenstellen sollten.



**Dann wechseln wir doch mal die Blickrichtung: Was ist den Gewerkschaften in den letzten Jahren gelungen?**

**Julia Gerber:** Die Gewerkschaften haben dafür gesorgt, dass jedes Kind im Kanton Anspruch hat auf Kinderbetreuung, dass es einen Berufsbildungsfonds gibt, dass eine Mindestlohninitiative unterwegs ist, dass diverse Referenden gestartet wurden, u.a. das BVG-Referendum, das die Gewerkschaften gewonnen haben.

**Markus Bischoff:** Der Berufsbildungsfonds ist aber keine gute Lösung...

**Julia Gerber:** ... wir haben ihn auch anders vorgeschlagen; aber wir mussten Bündnispartner finden, und weil uns das geglückt ist, haben wir nun immerhin einen Berufsbildungsfonds. Nicht vergessen dürfen wir die vielen Kommissionen, in denen wir Einsitz haben und wo wir ständig gewerkschaftliche Interessen vertreten.

**Und was packen Sie in den nächsten vier Jahren an?**

**Julia Gerber:** Das Lohndumping – wir könnten zum Beispiel ein Mindestlohnlimit fordern.

**Markus Bischoff:** Das wäre eine landesweite Initiative zugunsten der Menschen in prekären Berufen, aber im Kanton Zürich leben relativ viele Menschen, die nicht so schlecht verdienen. Was haben wir ihnen zu bieten?

**Heidi Bucher:** Moment: Im Gesundheitswesen sind immer mehr Private tätig, die dann Leute aus Billigländern einstellen und ihnen für 24-stündige Dienste auch in öffentlichen Spitälern und Pflegeheimen Billigstlöhne zahlen. Diese Leute stehen unter grossem Stress und Druck. Mit diesem Themengebiet könnten wir uns in nächster Zeit schwerpunktmässig beschäftigen.

**Thomas Hardegger:** Das ist ein gutes Beispiel, aber es gibt auch sonst viel zu tun, beim öffentlichen Verkehr, bei Bildung und Sicherheit: Wir müssen uns gegen die Sparpolitik wehren und gegen alles, was den öffentlichen Bereich ausdünnen würde. Mehr noch: Wir müssen investieren, in den öffentlichen Sektor, in gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne.

**Markus Bischoff:** Klar, aber es reicht nicht, wenn wir bloss immer betonen, dass wir uns wehren müssen. In der Politik bringen einen positive Vorschläge meist weiter.

**Thomas Hardegger:** Nehmen wir die Sicherheit: Wenn Sparmassnahmen dazu führen, dass vermehrt private Bewachungsdienste bis hin zu privaten Bürgerwehren aktiv sind, dann können wir auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen, wenn wir diese Sparmassnahmen bekämpfen. Dasselbe gilt auch beim Gesundheitswesen: Niemand will eine Zwei-Klassen-Medizin.

**Markus Bischoff:** Wichtig ist doch, dass die zweite Klasse gut ausgestattet ist; das ist doch unser Ziel.

**Thomas Hardegger:** Ganz so einfach ist es nicht. Die Rationierung im Gesundheitswesen ist eine ethische Frage – was gehört in die zweite Klasse? Im Krankenversicherungsgesetz gibts jedenfalls keine zweite Klasse. Das KVG verlangt Qualität für alle.

**Markus Bischoff:** Mir ist es egal, dass es Leute gibt, die es sich leisten können, privat versichert zu sein. Aber die zweite Klasse für uns Normalsterbliche, die muss gut ausgestattet sein.

**Heidi Bucher:** Damit sagst du Ja zur Zwei-Klassen-Medizin...

**Markus Bischoff:** Aber die ist doch erstens längst eine Realität, und zweitens hat es sie immer schon gegeben.

**Julia Gerber:** Existenziell ist immer noch, ob uns die richtige Medizin verabreicht und nicht bloss die teuerste aufgeschwatzt wird.

**Steuern: Alles Wettbewerb oder was?**

**Wenden wir uns noch den Steuern zu: Was steht zu diesem Thema aus gewerkschaftlicher Sicht im Vordergrund?**

**Thomas Hardegger:** Den Steuerwettbewerb zu torpedieren, und zwar mit allen Mitteln: Das ist das wichtigste aus Gewerkschaftssicht, denn der Steuerwettbewerb ist extrem kontraproduktiv für alles, was staatliche Leistungen betrifft.

**Markus Bischoff:** Wenn ich das Wort bloss höre, kommt mir gleich wieder der Ärger hoch darüber, dass die SP ihre gute Steuerinitiative so schlecht verkauft hat...

**Thomas Hardegger:** ... ja, hat denn etwa die AL die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, die es für die Kampagne gebraucht hätte?

**Markus Bischoff:** Das war nicht eine Frage der finanziellen Mittel, sondern der Kampagne... aber Schluss mit Vergangenheitsbewältigung: Ich finde, wir müssten die NFA, die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, neu diskutieren.

**Julia Gerber:** Die Ausgabenbremse muss über kurz oder lang weg und die Steuererleichterungen für Reiche gehören gebodigt. Wir müssen den Menschen verständlich machen, dass es nicht darum geht, ob wir mehr oder weniger Steuern bezahlen, sondern darum, dass in unserer Verfassung steht, dass jede und jeder, je nach ihrer und seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, einen Beitrag in einen gemeinsamen Topf legt und dass wir das Geld, das dort zusammenkommt, dann auch nach demokratischen Regeln einsetzen. Wir müssen der gesellschaftlichen Mittel- und der Unterschicht klar machen, dass sie die Rechnung bezahlen für die Steuergeschenke an die Reichen.

**Heidi Bucher:** Das ist sogar relativ einfach; die Stadt Zürich macht es vor. Sie hat einen hohen Steuerfuss, aber ihre RepräsentantInnen sagen, seht her, was wir euch für eure Steuer-gelder alles bieten – wir schneiden bei jedem Ranking gut ab, und alle wollen zu uns kommen; wir sind die begehrteste Stadt. Mit diesem Selbstbewusstsein müssen wir auftreten, dann kommunizieren wir auch gut.

**Markus Bischoff:** Die Ausgabenbremse bringen wir leider nicht weg, die ist demokratisch abgeseget.

**Thomas Hardegger:** Wir müssen den Menschen im Kanton Zürich auch erklären, dass die Formel «die Mittel effizient einsetzen»

nicht heisst, dass wir einzig mehr Geld fordern und die Steuern erhöhen möchten...

**Heidi Bucher:** ...und damit wir mit guten Dienstleistungen werben können, müssen wir beim Kanton auch das Angebot den KundInnen anpassen – ich sage bewusst KundInnen – und beispielsweise Adoptiveltern nicht morgens um zehn im Büro anrufen, sondern abends um sieben zuhause.

**Julia Gerber:** Ein erfolgreicher Vorstoss, den die AL lanciert hat und die Gewerkschaften mitgetragen haben, war die Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich. Das war auch ein Erfolg der linken Bewegung. Wir dürfen selbstbewusst sagen, wir haben schon die Pauschalbesteuerung gebodigt, und wir bleiben dran.

**Markus Bischoff:** Wobei wir nicht unterschlagen dürfen, dass bei diesem Erfolg auch ein Schuss Ausländerfeindlichkeit im Spiel war – etliche Reiche hat es genervt, dass ihre KollegInnen aus Deutschland viel weniger zahlten... Aber mit der NFA und dem Steuerwettbewerb haben wir zwei Themen, an denen wir konkret arbeiten müssen und die sich erst noch verknüpfen lassen. Die NFA in Frage zu stellen, wäre sicher ein guter Einstieg.

**Julia Gerber:** Richtig – die NFA war ja ursprünglich auch als Mittel gedacht, um die Steuerwettbewerbssdiskussion abzuwürgen...

**Markus Bischoff:** ...doch das hat nicht funktioniert, im Gegenteil.

**Julia:** Das ist ein Projekt, hinter das wir uns gemeinsam klemmen können, Linke, Mitte und Gewerkschaften zusammen, und es mehrheitsfähig machen.

**Markus Bischoff:** Immerhin finden es auch eher bürgerlich, ja konservativ denkende Menschen nicht lustig, wie die Innerschweiz dank unserer Ausgleichszahlungen ihre Steuerfüsse runterschraubt.

**Das tönt gut – aber wenn das alles stimmt, dann hätte doch die Steuerinitiative der SP durchkommen müssen.**

**Markus Bischoff:** Nein, dass die bachab ging, lag daran, dass viele Leute glaubten, sie müssten im Fall einer Annahme mehr Steuern zahlen.

**Julia Gerber:** Genau deshalb muss es für uns eine wichtige Aufgabe bleiben, den Stimmberechtigten solche Vorlagen noch besser zu erklären. In der Kommunikation müssen wir zulegen.

**Markus Bischoff:** Mein Glaube an Aufklärung hat an einem kleinen Ort Platz...

**Heidi Bucher:** ...aber ich glaube an Aufklärung und Vernunft...

**Markus Bischoff:** ... aber Steuern sind ein extrem emotionales Thema...

**Heidi Bucher:** ... weshalb bei der Erbschaftsteuer all jene für die Abschaffung waren, die davon träumen, dass sie eines Tages die Nachricht vom Tod einer bislang unbekannt-reichen Tante in Amerika erreicht...

**Julia Gerber:** ...eben, wir müssen gut kommunizieren!

**Markus Bischoff:** Ja, aber gute Kommunikation läuft nicht nur über den Verstand.

**Alle andern:** Ja, da sind wir uns einig.